2020/27 Inland

https://shop.jungle.world/artikel/2020/27/atemnot-im-bunker

Ein Ausbruch von Covid-19 in einem Göttinger Hochhaus führt zu rassistischer Diskriminierung der Bewohner

Atemnot im Bunker

Von **Michael Trammer**

In einem Wohnkomplex in Göttingen haben sich mehr als 120 Bewohnerinnen und Bewohner mit Sars-CoV-2 infiziert. Der behördliche und mediale Umgang damit offenbart rassistische Diskriminierung und das hohe Krankheitsrisiko von Menschen in prekären Verhältnissen.

Die Stimmung war angespannt: Hunderte Polizisten standen in Sturmhauben und Schutzanzügen, mit schwerer Körperpanzerung und Atemmasken an einem Wohnkomplex an der Groner Landstraße in Göttingen und riegelten den Block ab. In einem in sozialen Medien kursierenden Video sieht man, wie die Lage am vorvergangenen Wochenende eskalierte: Beamte scheuchten eine Gruppe aufgebrachter Bewohnerinnen und Bewohner des Wohnkomplexes in die Einfahrt eines Gebäudes. Die Personen wollten zu einer - Solidaritätskundgebung an den Bauzaun kommen, mit dem das Gebäude abgeriegelt ist. Die Polizei setzte Schlagstöcke und Pfefferspray ein, die Gruppe bewarf die Einsatzkräfte mit allerlei Gegenständen. Auch international berichteten Medien über die Ereignisse. Die Regionalzeitung *Göttinger Tageblatt* schrieb sogar von Schüssen, es handelte sich jedoch um Böller, die im Zuge der Auseinandersetzung gezündet worden waren.

> Die Versorgung war nach Darstellung der Bewohner miserabel: Es mangelte an Babynahrung, Hygieneartikeln und vor allem an Informationen.

Zur gleichen Zeit gab es einen Notfall im Haus: Ein Mann litt unter Atemnot, seine Lebensgefährtin bat am Zaun hinter dem Gebäude um Hilfe. Erst nach über einer Stunde traf ein Krankenwagen ein, die Sanitäter konnten nur noch den Tod des Mannes feststellen. Ein Covid-19-Test bei dem Verstorbenen sei negativ ausgefallen, teilte ein Sprecher der Stadt später mit. Die Göttinger Polizei schloss in einer Twitter-Meldung jeglichen Zusammenhang des Todesfalls mit dem Polizeieinsatz aus.

Auch am Abend nach der Eskalation versammelten sich Bewohnerinnen und Bewohner des Wohnkomplexes hinter dem Bauzaun, der das Gebäude umgab. Sie riefen einem Mann vor einem in Sichtweite gelegenen Kiosk ihre Bestellungen zu. Wie in einem Gehege

eingesperrt betrachteten sie das Geschehen vor dem Betongebäude, das auch als »der Bunker« bekannt ist. Im fünften Stock hatten Bewohner ein Pappschild angebracht, das Vorbeikommende daran erinnerte: »Wir sind auch Menschen.«

Ab dem 20. Juni stand das Gebäude in der Groner Landstraße 9 unter Quarantäne. 700 Menschen sind dort behördlich gemeldet. Es sollen jedoch mehr als 900 dort wohnen,wie die *Jungle World* von einem Mann erfuhr, der an die eingeschlossenen Bewohner Sachspenden ausgab.

Der große Plattenbau liegt nicht wie andere soziale Brennpunkte weit außerhalb. Die Zufahrtsstraße zum Hintereingang, Am Hasengraben, bietet eine typische Kleinstadtszenerie. Zurzeit stehen dort ein Versorgungscontainer und eine Covid-19-Teststation des Robert-Koch-Instituts. Anwohnerinnen aus der kleinbürgerlichen Siedlung, über der in den Abendstunden der Schatten des Hochhauses liegt, beobachten die Polizistinnen und geben ihnen Sätze mit auf den Weg wie: »Danke, dass ihr euch darum kümmert.« Die Menschen, die in der Groner Landstraße 9 leben, sind hier nicht sonderlich beliebt. Es handelt sich beispielsweise um Flüchtlinge, Hartz-IV-Bezieher und Suchtkranke.

Mehr als 120 von ihnen wurden dem Robert-Koch-Institut zufolge mittlerweile positiv auf Covid-19 getestet. Die Versorgung während der Quarantäne war nach Darstellung der Betroffenen miserabel: Es mangelte an Babynahrung, Hygieneartikeln und vor allem an Informationen. Die Zäune um den heruntergekommenen Plattenbau wurden ohne jede Vorwarnung errichtet. Eine Bewohnerin erzählte der *Taz*, ein Einkauf sei nicht mehr möglich gewesen. Ein in dem Gebäude lebender Student sagte der *Jungle World*: »Es gibt vor allem ein eklatantes Müllproblem. Die Hausverwaltung hat sich komplett zurückgezogen.«

Linke Gruppen sorgen für Unterstützung und Spenden. Gegenüber dem Gebäude haben Mitglieder der Basisdemokratischen Linken Göttingen einen Pavillon als Anlaufstelle eingerichtet. Am Freitag kamen zahlreiche Menschen, um Tüten voller Spenden abzugeben. Eine Gruppe interviewte Bewohner durch den Zaun hindurch. Auf dem Twitter-Kanal »Groner Land Voices« sollen diese eine Möglichkeit erhalten, sich öffentlich zu äußern. Dort erzählt eine Bewohnerin beispielsweise, die Eskalation bei den Protesten sei von der Polizei ausgegangen: Eine Gruppe von Bewohnern habe bis zum Zaun gehen wollen, um die Solidaritätsdemonstration zu sehen. »Dann haben die Polizisten uns geschubst und uns Pfefferspray ins Gesicht gesprüht, also nicht nur bei Erwachsenen, sondern auch bei den Kindern. Und sie haben uns geschlagen, und deshalb haben wir uns gewehrt.«

Bei einer zweiten Kundgebung linker Gruppen am 23. Juni übte sich die Polizei in Zurückhaltung, war aber mit einem Großaufgebot an Ort und Stelle. Bewohner erzählten am Zaun, die Polizei habe mit Festnahmen gedroht, sollten Männer und Jungen zahlreich am Zaun erscheinen. In Reden auf der Kundgebung ging es vor allem um die rassistische Stimmungsmache, die Diskriminierung von Sinti und Roma und den Umgang der Stadt mit dem Wohnkomplex. Jahrelange habe die Verwaltung die Probleme ignoriert und nichts gegen eine Ghettoisierung des Areals unternommen. Deshalb sei sie maßgeblich für die derzeitige Situation verantwortlich. »Eine giftige Mischung aus Profitmaximierung mit

Wohnraum und ausgrenzender Sozialgesetzgebung habt zu einer Ghettoisierung geführt«, fasste ein Göttinger Student die Entwicklung zusammen.

Eine weitere Forderung lautete: »Öffnet die Hotels!« Wie im Zuge der Pandemie bereits mehrfach zum Schutz besonders gefährdeter Gruppen wie beispielsweise Obdachloser geschehen, sollen Menschen dezentral untergebracht werden. Auch juristisch wehren sich die Bewohner gegen den Umgang der Stadt mit der Pandemie im Wohnkomplex. Mit Unterstützung des Anwalts Sven Adam wollen zwei Familien gerichtlich den sofortigen Auszug aus dem Komplex und die Bereitstellung von Wohnmöglichkeiten erstreiten. Sie argumentieren hierbei auch mit der Sicherheit ihrer Kinder.

Offiziell hieß es anfangs, die Bewohnerinnen und Bewohner sollten das Gelände erst nach einer 14tägigen Quarantäne wieder verlassen dürfen. Nach den Ausschreitungen und Protesten verkürzte die Stadt die Zeitspanne. Am Samstag wurden die Zäune abgebaut. Die Listenführung und Kontrollen durch das Ordnungsamt und einen Sicherheitsdienst bleiben: Wer positiv auf Covid-19 getestet wurde, darf nicht raus. Wenig überraschend zeigt eine Studie der Universität Düsseldorf, dass Menschen aus prekären Verhältnissen einem deutlich höheren Risiko ausgesetzt sind, wegen einer Infektion mit Covid-19 stationär behandelt werden zu müssen.

Rassistische Stimmungsmache und die Stigmatisierung der Bewohner grassieren in der Berichterstattung über die Groner Landstraße. Der Boulevardjournalismus hatte die Schuldigen für die Situation schnell gefunden: Alle Infektionen sollen auf Familienfeiern zurückgehen. In einem Videointerview durch den Zaun hindurch sagte ein Bewohner mit Blick auf die Berichterstattung: »Es sind doch nicht die Leute schuld, sondern die Maßnahmen, die die Menschen in die Verzweiflung treiben.«

© Jungle World Verlags GmbH